

Zur Online-Version des Newsletters.



**Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches
Engagement**

Newsletter Nr. 10 vom 18.5.2017

Inhalt

SCHWERPUNKT: 5. DIVERSITY TAG: VIELFALT UNTERNEHMEN

- Hardenberg/ Tote: Diversity in Deutschland
- Grohnert: Diversity und Führungskultur
- Stuber: Mehrwerte und Fortschritte mit Diversity?
- Wortmann: Mitarbeiternetzwerke machen Vielfalt sichtbar
- Sendowski: Diversity und Inklusion bei der Deutschen Bank
- Holzmaier: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?
- Kara: Backlash oder Aufbruch? Veranstaltungsbericht

LÄNDER

- Unternehmenskooperationen vor Ort initiieren: UPJ-Impulsworkshop
- Vereine - Fit für die Zukunft: Fortbildung
- Jugendlandtage in den Bundesländern: Studie

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

- Widmaier: fdGO-Formel als Kern eines Demokratiefördergesetzes?
- Empfehlungen des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie
- Unterrichtung zum 2. Antisemitismusbericht
- Dorfläden und Co.: Anhörung im Rechtsausschuss
- Bundesrat: Freifunk soll gemeinnützig werden
- Referenzarchitektur für E-Partizipationssoftware: Beteiligung
- Katholischer Deutscher Frauenbund: Standpunkte zur BTW 2017
- BKJ/ Trägerverbund Freiwilligendienste Kultur und Bildung: Positionen zur BTW 2017
- Fachorganisationen Kultureller Bildung: Forderungen zur BTW 2017

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Fachkongress zu »Menschen stärken Menschen«: Save the Date
- Woche des bürgerschaftlichen Engagements: Engagementkalender
- Neue Praktikantin in der Civil Academy

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

- Tag der offenen Gesellschaft
- openTransfer CAMP #Digitalisierung
- Engagement zwischen Resonanz und Widerspruch: Symposium
- Deutscher Bürgerpreis 2017: Bewerbungsphase

- »Der Puls der Gesellschaft«: Impulspapier
- Engagement des Profifußballs: Studie
- Engagement im Sport im Spiegel der Freiwilligensurveys 1999-2009
- Stellenausschreibungen
- Hinweis

SCHWERPUNKT: 5. DIVERSITY TAG: VIELFALT UNTERNEHMEN

Hardenberg/ Tote: Diversity in Deutschland

Aktuelle Studienergebnisse zum Stand von Diversity Management in Unternehmen und Institutionen sind die Themen des Beitrages von Aletta Gräfin von Hardenberg, Geschäftsführerin des Charta der Vielfalt e. V., und Kerstin Tote, Diversity Expertin und Pressereferentin in der Geschäftsstelle des Charta der Vielfalt e. V. in Berlin. Die Befragung »Diversity in Deutschland« ruhte auf drei Säulen: qualitativen Interviews mit 18 Unternehmensvorständen, einer Onlinebefragung mit 350 UnterzeichnerInnen der Charta der Vielfalt und einer Telefonbefragung mit 250 Unternehmen aus dem nationalen Querschnitt. Dabei wurde unter anderem nach dem Nutzen von Diversity Management, nach Widerständen dagegen wie auch nach der Messbarkeit gefragt: »Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Diversity Management in Organisationen in der Regel eine inhaltliche Entwicklung vollzieht. Am Anfang stehen oft Einzelmaßnahmen nebeneinander. Erst mit der Zeit werden sie in eine übergeordnete Strategie gegossen.«

[Beitrag von Aletta Gräfin von Hardenberg und Kerstin Tote](#) (PDF, 167 kB)

[nach oben](#)

Grohnert: Diversity und Führungskultur

Das Verhältnis von Diversity und Führungskultur ist Thema des Beitrages von Ana-Cristina Grohnert, Vorstandsvorsitzende des Vereins Charta der Vielfalt e. V. und ab Juli 2017 Personalvorständin der Allianz Deutschland AG. Dabei stellt sie das Thema in den Kontext von Veränderungsprozessen in Unternehmen und deren Führungskultur. Diese ist beständig in Gefahr, in Routinen und Stereotypen zu verharren. Die aktive Suche nach Andersartigkeit fordert heraus und kann so zu einem Motor von Veränderungsfähigkeit werden: »Diversity Management ist kein Incentive-Programm für Frauen oder für Minderheiten. Es geht nicht um Äußerlichkeiten. Es ist die Verankerung einer neuen Art zu denken. Es ist die Institutionalisierung von Veränderungsfähigkeit, und damit das Überlebenskonzept für Unternehmen in einer sich stetig verändernden Umwelt.«

[Beitrag von Ana-Cristina Grohnert](#) (PDF, 501 kB)

Stuber: Mehrwerte und Fortschritte mit Diversity?

Neben Fortschritten sind auch die wunden Punkte beim Diversity-Management das Thema des Beitrages von Michael Stuber, Inhaber des Beratungsunternehmens Ungleich Besser Diversity Consulting. Er zeigt, dass Diversity-Strategien in Unternehmen und Verbänden in der Praxis sehr unterschiedliche Diversity-Felder einschließen bzw. ausschließen. Auch zeigt er Konfliktlinien entlang der jeweiligen Größe der betroffenen Gruppen. Als Plattformansatz für alle Formen von Diversity trifft Diversity-Management nicht unbedingt auf Zustimmung bei solchen Gruppen, die schon eine starke Position zu haben glauben. Schließlich thematisiert er, dass eine Etablierung von Diversity Management in Unternehmen noch nicht bedeutet, dass diesem auch eine weitreichende Relevanz zugewiesen wird: »Für eine erfolgreiche Weiterentwicklung braucht Diversity (wieder) einen klareren Change-Auftrag und damit einhergehend nachvollziehbare Verantwortlichkeiten mit zugehörigen Erfolgsmessungen.«

[Beitrag von Michael Stuber](#) (PDF, 165 kB)

Wortmann: Mitarbeiternetzwerke machen Vielfalt sichtbar

Die Rolle von Mitarbeiternetzwerken - sogenannten Business Resource Groups (BRG) - zur Schaffung einer inklusiven Arbeitsumgebung sind Thema des Beitrages von Brigitta Wortmann, Senior Political Adviser BP Europa SE, Mitinitiatorin der Charta der Vielfalt und Mitglied im SprecherInnenrat des BBE. In amerikanischen und britischen Unternehmen sind BRGs bereits seit vielen Jahren fest etablierte Formate, in Deutschland sind sie noch relativ jung. Bei BP gibt es diese Netzwerke weltweit. Am Beispiel von BP erläutert Wortmann, was BRGs sind und welche Vorteile sie mitbringen. »Die Innovationsimpulse, die von diesen Netzwerken ausgehen, sind nicht zu unterschätzen. Gruppen von Gleichgesinnten, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, setzen eine Energie und Zielstrebigkeit ein, die Veränderungen voranbringen.«

[Beitrag von Brigitta Wortmann](#) (PDF, 154 kB)

Sendowski: Diversity und Inklusion bei der Deutschen Bank

Veränderungen im Diversity und Inclusion Management bei der Deutschen Bank sind das Thema des Beitrages von Gernot Sendowski, Head of Diversity and Inclusion bei der Deutschen Bank. Rückblickend auf die Anfänge von Diversity Management bei der Deutschen Bank im Jahr 1999, skizziert er die bisherigen Erkenntnisgewinne und

Fortentwicklungen in diesem Feld. Seit 2016 verfügt die Bank nach einem mehrjährigen Prozess über eine 5-Punkte-Diversity-Strategie (»Diversity 2.0«). Jetzt richtet sich der Blick über den engeren Personalbereich hinaus. Sein Fazit: »Die nachhaltige Umsetzung von D&I ist ein langer Weg mit einem nicht binär zu definierenden Ziel. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass es sich lohnt, diesen Weg zu gehen, um zu helfen, ein starker und agiler Geschäftspartner und Arbeitgeber zu bleiben.«

[Beitrag von Gernot Sendowski](#) (PDF, 159 kB)

[nach oben](#)

Holzmaier: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Diversity als eine Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen in der Arbeit des Verlags Der Tagesspiegel und in der Redaktion ist das Thema des Beitrages von Nadja Holzmaier, Direktorin Politik und Konzepte im Verlag Der Tagesspiegel. Neben einer sachgerechten Berichterstattung stellt sie Initiativen und Projekte dar, die sich in Verlag und Redaktion gebildet haben, um den inhaltlichen Diskurs rund um das Thema Diversity und Inklusion voranzutreiben: die jährliche Fachkonferenz »Diversity«, das internationale Nachwuchsprojekt »Paralympics Zeitung«, der »Queerspiegel«-Blog und das Projekt #jetztschreibenwir mit geflüchteten JournalistInnen.

[Beitrag von Nadja Holzmaier](#) (PDF, 167 kB)

[nach oben](#)

Kara: Backlash oder Aufbruch? Veranstaltungsbericht

Am 28. April 2017 fand in Berlin eine Kooperationsveranstaltung der Internationalen Gesellschaft für Diversity Management e. V. (idm) und dem IG Metall Vorstand statt. Über zentrale Inhalte der Veranstaltung berichtet Sibel Kara, Mitglied des Vorstands der idm. Thematisch ging es um Diversity Management in Zeiten wachsender sozialer Ungleichheit und eines zunehmenden Rechtspopulismus: »In der Plenumsdiskussion wurde deutlich, dass es eine noch tiefergehendere Auseinandersetzung und weitergehende Definition des Begriffs Diversity brauche. Diversity-Politik sei vor allem eine Politik, die in viele Bereiche reiche und somit grundlegend das gesellschaftliche Zusammenleben in allen Lebensbereichen betreffe.« Der ausführliche Bericht zur Veranstaltung erscheint im nächsten idm-Diversity-Magazin.

[Beitrag von Sibel Kara](#) (PDF, 178 kB)

[nach oben](#)

LÄNDER

Unternehmenskooperationen vor Ort initiieren: UPJ-Impulsworkshop

Am 16. Juni 2017 findet der Regionale Impulsworkshop »Neue Verbindungen schaffen - Unternehmenskooperationen vor Ort initiieren« von UPJ in Halle (Saale) statt. Der Workshop richtet sich an gemeinnützige Organisationen und kommunale Stellen, die neue Kooperationen engagierter Unternehmen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und der öffentlichen Verwaltung in ihrem Gemeinwesen entwickeln möchten. Er bietet drei erfolgreiche Konzepte, konkrete Erfahrungen und Vorgehensweisen aus der Praxis sowie Tipps und Materialien. Der Workshop wird gemeinsam mit der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. sowie den Lagfas Brandenburg und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Anmeldeschluss ist der 24. Mai 2017. Die Regionalen Impulsworkshops werden vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Ein weiterer Workshop ist am 7. Dezember 2017 in Essen geplant.

[Weitere Informationen zum Workshop](#)

[nach oben](#)

Vereine - Fit für die Zukunft: Fortbildung

Im Rahmen von »Westfalen bewegt« findet am 10. Juni 2017 die Fortbildung »Vereine - Fit für die Zukunft« in Münster statt, veranstaltet von der FreiwilligenAgentur Münster in Kooperation mit der Stiftung Westfalen-Initiative. Die Veranstaltung richtet sich an Menschen, die sich mit organisatorischen Themen rund ums Vereinsleben wie u. a. Nachwuchsgewinnung, Ehrenamtskoordination, interne Organisation, Sitzungskultur und Vorstandsarbeit auseinandersetzen. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Anmeldeschluss ist der 2. Juni 2017.

[Weitere Informationen zur Fortbildung](#)

[nach oben](#)

Jugendlandtage in den Bundesländern: Studie

Jugendlandtage sind ein gut funktionierendes Format der aktivierenden politischen Bildung und sollten als verlässliches Instrument der Kinder- und Jugendbeteiligung an der Landespolitik ausgebaut werden, so die zentralen Ergebnisse der Studie »Jugendlandtage in den Bundesländern - Zwischen Dialog, Beteiligung, politischer Bildung und Nachwuchsförderung«. Die Studie von Roland Roth und Udo Wenzl,

herausgegeben vom Deutschen Kinderhilfswerk e. V., legt dar, welche Erwartungen die jeweiligen Veranstaltenden mit diesem Bildungs- und Beteiligungsformat verbinden, in welcher Weise es den beteiligten Jugendlichen ermöglicht wird, eine eigene politische Agenda zu entwickeln und auf welche Weise es zu einem Dialog mit den Abgeordneten kommt. Einen zentralen Stellenwert nimmt dabei die Perspektive der teilnehmenden Jugendlichen selbst ein.

[Studie Jugendlandtage](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND -DEBATTE

Widmaier: fdGO-Formel als Kern eines Demokratiefördergesetzes?

Das von Bundesministerin Manuela Schwesig angekündigte Demokratiefördergesetz (DFördG) ist Thema des Beitrages von Benedikt Widmaier, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz »Haus am Maiberg« in Heppenheim/ Bergstraße. Der Autor kommentiert den Gesetzesentwurf des BMFSFJ vom 15. September 2016, insbesondere mit Blick darauf, ob die sogenannte »fdGO-Formel« der Kern eines Demokratiefördergesetzes sein soll, die auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) gegen die Sozialistische Reichspartei von 1952 zurückgeht. Sein Befund: »Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein Demokratiefördergesetz grundsätzlich sehr zu begrüßen ist. Dabei sollte aber nicht eine dem repressiven Verfassungsschutz entlehnte und negativ konnotierte fdGO-Formel in den Mittelpunkt des Gesetzes gestellt werden, sondern eine begeisterte einnehmende Definition von Demokratie.«

[Beitrag von Benedikt Widmaier](#) (PDF, 176 kB)

[nach oben](#)

Empfehlungen des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie

Am 16. Mai 2017 hat das Hightech-Forum seine Handlungsempfehlungen für die zukünftige Innovationspolitik an Forschungsministerin Johanna Wanka überreicht. In Workshops, interdisziplinären Diskussionen sowie Konsultationen weiterer WissenschaftlerInnen oder VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen haben die Mitglieder des Hightech-Forums zusammen mit ExpertInnen in acht Fachforen die Handlungsempfehlungen erarbeitet. Das Hightech-Forum legt seine Empfehlungen für eine zukünftige Innovationspolitik in zwei Publikationen vor: »Gemeinsam besser nachhaltige Wertschöpfung, Wohlstand und Lebensqualität im digitalen Zeitalter. Innovationspolitische Leitlinien des Hightech-Forums« und »Gute Ideen zur Wirkung

bringen. Umsetzungsimpulse des Hightech-Forums zur Hightech-Strategie.« Darin empfiehlt das innovationspolitische Beratungsgremium der Bundesregierung vor allem die Fortsetzung der ressortübergreifenden Innovationsstrategie. Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer des BBE, ist Mitglied des Hightech-Forums.

[Weitere Informationen zum Hightech-Forum und den Fachforen](#)

[Innovationspolitische Leitlinien des Hightech-Forums](#) (PDF, 1,7 MB)

[Umsetzungsimpulse des Hightech-Forums](#) (PDF, 6,2 MB)

[nach oben](#)

Unterrichtung zum 2. Antisemitismusbericht

Am 7. April 2017 unterrichtete die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über den zweiten Antisemitismusbericht, den der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus nach zwei Jahren Arbeit vorgelegt hatte (18/11970). Untersucht wurde eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche und Themen, von Antisemitismus in Politik, Medien und Sozialen Medien bis hin zu Religionen, Fußball oder rechten Bewegungen. In seinen Empfehlungen fordert der Expertenkreis unter anderem, »Verlässlichkeit und Planungssicherheit für bürgerschaftliche Akteure zu garantieren«, die in der Antisemitismusprävention tätig sind. Dabei wird auch auf gleichlautende Forderungen aus dem ersten Bericht von 2011 und aus dem NSU-Untersuchungsausschuss verwiesen. Ebenso soll einE AntisemitismusbeauftragteR bei der Bundesregierung eingesetzt werden, der/die von einem Beratergremium »aus jüdischen und nichtjüdischen ExpertInnen aus Wissenschaft, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft« unterstützt werden soll.

[Weitere Informationen und Bericht](#)

[nach oben](#)

Dorfläden und Co.: Anhörung im Rechtsausschuss

Wie berichtet sollen Bürgerinitiativen leichter Unternehmen wie beispielsweise Dorfläden gründen und führen können. Zu diesem Zweck hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf »zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen aus bürgerschaftlichem Engagement und zum Bürokratieabbau bei Genossenschaften« (18/11506) vorgelegt, der nach der 1. Lesung im Bundestag am 15. Mai 2017 Gegenstand einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag war. Auch wenn Einigkeit bestand, dass Reformbedarf nicht zuletzt im Vereinswesen besteht, formulierten fast alle Stellungnahmen aus dem akademischen Bereich und dem Feld der Genossenschaften deutliche Bedenken im Detail oder im Grundsatz. So machte Prof. Dr. Lars Leuschner in seiner Stellungnahme deutlich, dass die AutorInnen des Gesetzentwurfs die

systematische Reichweite und damit auch die Folgen unterschätzen: »Neben den Kita-Vereinen, die Gegenstand der Rechtsprechung des Kammergerichts waren, ist insoweit u. a. an Vereine zu denken, die als Träger von Altenwohn- und Altenpflegeheimen, Kinderkrippen, Essen auf Rädern, Volkshochschuleinrichtungen, Museen, Schulen- und Musikschulen, Theatern aber auch Jugendherbergen fungieren [...].«

[Weitere Informationen und Materialien zur Anhörung](#)

[nach oben](#)

Bundesrat: Freifunk soll gemeinnützig werden

Der Bundesrat will den sogenannten Freifunk-Initiativen den Status der Gemeinnützigkeit zukommen lassen. Dies sieht ein vom Bundesrat in seiner 954. Sitzung am 10. März 2016 beschlossener Gesetzentwurf vor, der am 26. April 2017 an den Präsidenten des Deutschen Bundestages weitergeleitet wurde: »Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk« (18/12105). Freifunk stelle eine Form des gemeinnützigen bürgerschaftlichen Engagements dar, das die Digitalisierung hervorgebracht habe, so der Bundesrat. Ziel der Freifunkinitiativen ist es, ein kostenloses freies Kommunikationsnetzwerk aufzubauen, zu unterhalten und zu erweitern, das von allen möglichen NutzerInnen frei genutzt werden kann.

[Gesetzentwurf des Bundesrates zum Freifunk](#) (PDF, 251 kB)

[nach oben](#)

Referenzarchitektur für E-Partizipationssoftware: Beteiligung

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Förderung des Open Government des IT-Planungsrats hat in einem partizipativen Prozess einen ersten Entwurf erarbeitet, der die wichtigsten Funktionen für E-Partizipation in einem Dokument zusammenführt. Das Abschlussdokument soll für die zentralen Anwendungsszenarien für digitale Öffentlichkeitsarbeit die wichtigsten technischen Bausteine und relevanten Schnittstellen in einem modularen Gesamtsystem beschreiben. Der erarbeitete Entwurf wird nun öffentlich bis zum 2. Juni 2017 zur Diskussion gestellt.

[Weitere Informationen und Möglichkeit der Kommentierung](#)

[nach oben](#)

Katholischer Deutscher Frauenbund: Standpunkte zur BTW 2017

Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) hat im April 2017 Standpunkte zur Bundestagswahl 2017 beschlossen und veröffentlicht. Gerechtigkeit, Solidarität und

Menschenwürde stellen darin die orientierenden Leitlinien dar. Als aktuell besondere Aufgabe sieht der KDFB das Entstehen für die Demokratie an: »Es ist Zeit, gerade jetzt Zivilcourage zu zeigen und sich für die Stärkung und den Ausbau unserer Demokratie einzusetzen. Es ist Zeit, gerade jetzt öffentlich Haltung gegen rhetorische Aufrüstung und populistische Tendenzen zu beziehen. Es ist Zeit, gerade jetzt gegen soziale Ausgrenzung und Rassismus aufzustehen.« In den Detailpositionen will der KDFB bessere Rahmenbedingungen, damit Menschen in ihrem Lebenslauf Sorgearbeit, Beruf und Ehrenamt miteinander verbinden können. Dazu sollen ein Rechtsanspruch auf befristete Teilzeitarbeit, um ehrenamtliches Engagement wahrnehmen zu können ebenso beitragen wie eine institutionelle Förderung für Infrastruktur für Ehrenamt in Vereinen und Verbänden.

[Standpunkte des KDFB zur Bundestagswahl 2017](#) (PDF, 116 kB)

[Wahlaufruf des KDFB zur Bundestagswahl 2017](#) (PDF, 1,2 MB)

[nach oben](#)

BKJ/ Trägerverbund Freiwilligendienste Kultur und Bildung: Positionen zur BTW 2017

In den Freiwilligendiensten Kultur und Bildung sind jährlich über 2.500 Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Bundesfreiwilligendienst (BFD) engagiert. Um die positive Wirkung der Freiwilligendienste für das Gemeinwohl zu erhalten, braucht es Rahmenbedingungen, die Bewährtes stärken und Raum geben, Neues zu entwickeln. Damit dies gewährleistet ist, fordern die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. (BKJ) und die ihr im Verbund Freiwilligendienste Kultur und Bildung angeschlossenen Träger den qualitativen Ausbau und die quantitative Sicherung der Freiwilligendienste, die Bereitstellung der notwendigen Bundesmittel und den Einsatz der Bundespolitik für die Fortführung der struktursichernden Förderung aus ESF-Mitteln. Die Teilhabemöglichkeit an den Freiwilligendiensten soll durch eine Flexibilisierung der Vollzeitdienstpflicht für alle Altersgruppen verbessert werden. Eine Verbesserung der sozialrechtlichen Rahmenbedingungen ist wichtig, um die Wertschätzung von freiwilligem Engagement voranzubringen. Weiterhin sprechen sich die BKJ und die ihr angeschlossenen Träger für die Fortentwicklung der zivilgesellschaftlichen Dimension in den Freiwilligendiensten aus.

[Positionen der BKJ und des Trägerverbundes](#) (PDF, 7,78 kB)

[nach oben](#)

Fachorganisationen Kultureller Bildung: Forderungen zur BTW 2017

Unter dem Titel »Diversität anerkennen, Inklusion umsetzen, Zusammenhalt stärken - KULTURELLE BILDUNG FÖRDERN!« haben die in der BKJ zusammengeschlossenen

Fachorganisationen Kultureller Bildung ihre Forderungen zur Bundestagswahl 2017 gebündelt. Der Tenor dieser Forderungen ist, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt auf kultureller und sozialer Teilhabe fußt. Wer in Jugend, Kultur und Bildung investiert, stärkt entsprechend die Grundlagen für Demokratie und Chancengerechtigkeit.

[Forderungen der Fachorganisationen Kultureller Bildung](#)

[nach oben](#)

AKTUELLES AUS DEM BBE

Fachkongress zu »Menschen stärken Menschen«: Save the Date

Seit 2015 haben rund 1,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland Asyl beantragt (Stand März 2017). Eine Vielzahl lokaler Kooperationen und Projekte unterstützt und begleitet diese Menschen in Deutschland bei ihrem Ankommen. Patenschaftsprogramme stehen dabei beispielhaft für bürgerschaftliches Engagement und helfen Geflüchteten, ihren TandempartnerInnen und damit auch der Gesellschaft bei einer schrittweisen gesellschaftlichen Partizipation. Um aktuelle Rahmenbedingungen solcher Programme zu evaluieren, von gelungenen Konzepten zu lernen sowie über Möglichkeiten zu diskutieren, langfristig wirksame Infrastrukturen zu etablieren und die Aktivitäten der Beteiligten auch politisch gut zu begleiten, veranstaltet das BBE am 9. und 10. November 2017 bereits zum zweiten Mal den bundesweiten Fachkongress »PatInnen, MentorInnen und LotsInnen in der Unterstützung und Integration von geflüchteten Menschen« im Rahmen des Bundesprogramms »Menschen stärken Menschen«. Der Kongress bietet den Programmträgern sowie weiteren ExpertInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Staat und Kommunen Raum für Diskussionen, Erfahrungsaustausch und zur Vernetzung. Der Kongress wird im Rahmen des Programms »Menschen stärken Menschen« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Das Kongressprogramm wird in Kürze veröffentlicht.

[Weitere Informationen zum BBE-Projekt](#)

[Weitere Informationen zum Programm Menschen stärken Menschen](#)

[nach oben](#)

Woche des bürgerschaftlichen Engagements: Engagementkalender

Alle freiwillig Engagierten in Deutschland sind dazu aufgerufen, sich an der 13. Woche des bürgerschaftlichen Engagements zu beteiligen, die in diesem Jahr vom 8.

bis 17. September 2017 stattfindet. Bundesweit trommeln dann wieder Initiativen, Vereine, Verbände, Stiftungen und Unternehmen genauso wie Einzelengagierte für bürgerschaftliches Engagement, dessen Vielfalt und gesellschaftliche Bedeutung. Sichtbar wird die Teilnahme an der - mit zuletzt 7.200 Einzelaktionen - bundesweit größten Freiwilligenoffensive durch einen Eintrag in den Engagementkalender der Kampagne. Beteiligen kann man sich mit den unterschiedlichsten Aktionen und Veranstaltungen: z.B. einem Tag der offenen Tür, einer Diskussionsrunde, einer Lesung, einem Workshop oder einer Sportveranstaltung. Gemeinsam mit möglichst vielen Freiwilligen möchte die Aktionswoche den Wert und die Vielfalt von Engagement sichtbar machen. Unter dem Motto »Engagement macht stark!« soll die Leistung aller Engagierten und die Wichtigkeit ihres Tuns stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

[Engagementkalender](#)

[Weitere Informationen zur Woche des bürgerschaftlichen Engagements](#)

[nach oben](#)

Neue Praktikantin in der Civil Academy

Seit dem 1. Mai 2017 arbeitet Anna-Maria Barisch als Praktikantin bei der Civil Academy. Für 5 Monate wird sie das Team besonders im Bereich Social Media und Veranstaltungsmanagement unterstützen und möchte viele interessante Einblicke für ihr Volkswirtschaftsstudium in Bayern gewinnen. Vor ihrem Studium hat sie im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres in Indien bereits eigene Engagementerfahrungen gesammelt und freut sich nun auf eine tolle Zeit und gute Zusammenarbeit!

[nach oben](#)

VERANSTALTUNGEN, AUSSCHREIBUNGEN, PUBLIKATIONEN

Tag der offenen Gesellschaft

Am 17. Juni 2017 laden die Initiative Offene Gesellschaft und die Diakonie Deutschland zur Teilnahme am Tag der offenen Gesellschaft ein. Überall in Deutschland sollen an diesem Tag möglichst viele Menschen Stühle und Tische auf die Straße setzen und in gemeinschaftlicher und freundschaftlicher Atmosphäre mit FreundInnen, Fremden und PassantInnen zusammen essen und trinken. Mit Gastfreundschaft, Großzügigkeit und Liberalität soll auf diese Weise ein Zeichen gesetzt werden für ein pluralistisches, europäisches und offenes Deutschland. Der Bundesverband Deutscher Anzeigenblätter (BVDA) unterstützt die Aktion als

Medienpartner. Die Mitglieder des BBE, aber auch alle anderen Organisationen, Gruppen und Menschen sind eingeladen, dem Aufruf zu folgen.

[Weitere Informationen zum Tag der offenen Gesellschaft](#)

[nach oben](#)

openTransfer CAMP #Digitalisierung

Das openTransfer CAMP #Digitalisierung der Stiftung Bürgermut und der Robert Bosch Stiftung bringt am 22. Juni 2017 in Berlin für einen Tag MacherInnen erfolgreicher Bürgerprojekte, InnovatorInnen, Social-Start-ups, BloggerInnen sowie Haupt- und Ehrenamtliche aus der Sozialwirtschaft zusammen. Es gibt den Teilnehmenden einen Raum, ihr Wissen und ihre Fragen rund um das Thema Digitalisierung auszutauschen. Die Teilnahme ist kostenlos, um verbindliche Anmeldung wird gebeten.

[Weitere Informationen zum open Transfer Camp](#)

[nach oben](#)

Engagement zwischen Resonanz und Widerspruch: Symposium

An der Universität Siegen wurde in den vergangenen drei Jahren dazu geforscht, wie bürgerschaftliche Engagements im Wohlfahrtsbereich beendet werden. Auf dem Symposium »Engagement zwischen Resonanz und Widerspruch« am 21. Juli 2017 in Siegen sollen die Ergebnisse des Forschungsprojektes vorgestellt und hinsichtlich Engagementforschung und -förderung mit den Teilnehmenden diskutiert werden. Für die Tagung wird keine Teilnahmegebühr erhoben. Um eine Anmeldung wird gebeten; Anmeldeschluss ist der 7. Juli 2017.

[Weitere Informationen zum Projekt und zum Symposium](#)

[nach oben](#)

Deutscher Bürgerpreis 2017: Bewerbungsphase

Noch bis zum 30. Juni 2017 kann man für den Deutschen Bürgerpreis einen engagierten Mitmenschen für die Kategorien »Alltagshelden«, »U21« und »Lebenswerk« vorschlagen. Das Motto in diesem Jahr heißt »Vorausschauend engagiert: real, digital, kommunal«. Damit werden in diesem Jahr besonders Personen, Projekte und UnternehmerInnen gewürdigt, die schon heute die Zukunft vor Ort aktiv gestalten. Träger des Preises ist die Initiative »für mich. für uns. für alle.«, ein Bündnis aus Sparkassen, Mitgliedern des Deutschen Bundestags, Städten, Landkreisen und Gemeinden. Diesjährige Kooperationspartner sind die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), weltbeweger und yaez.

[Weitere Informationen zum Deutschen Bürgerpreis](#)

[nach oben](#)

»Der Puls der Gesellschaft«: Impulspapier

Das Impulspapier »Der Puls der Gesellschaft - Wie Daten und Algorithmen die Rahmenbedingungen für das Gemeinwohl verändern« von Leonie Beining fordert eine stärkere Auseinandersetzung von AkteurInnen der Zivilgesellschaft mit den Auswirkungen von Datennutzung und algorithmischen Verfahren. »Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen müssen erkennen, dass die Chancen und Risiken des technologischen Wandels auch die ureigenen Aktivitäten und Ziele gemeinwohlorientierter Organisationen betreffen.« Das Papier ist aus dem Projekt »Gemeinwohl im digitalen Zeitalter« entstanden. Es ist ein Kooperationsprojekt der Stiftung Neue Verantwortung und der Bertelsmann Stiftung.

[Impulspapier »Der Puls der Gesellschaft«](#) (PDF, 248 kB)

[Weitere Informationen zum Projekt](#)

[nach oben](#)

Engagement des Profifußballs: Studie

Zur Saison 2012/13 veröffentlichte die Bundesliga-Stiftung mit der Studie »Verantwortung leben.« erstmals einen Gesamtüberblick über das freiwillige gesellschaftliche Engagement des Profifußballs in Deutschland. Diese Studie schuf die Grundlage für eine regelmäßige Evaluation und wurde zur Saison 2015/16 mit ähnlicher Vorgehensweise wiederholt. Die »Zweite Studie zum gesellschaftlichen Engagement des Profifußballs« zeigt Entwicklungen auf, beschreibt den Status quo und gibt einen Ausblick auf die kommenden Jahre. Demnach hat das Engagement des Profifußballs zugenommen: z. B. wurden 1,1 Millionen Menschen in der Saison 2015/2016 in 450 Projekten unterstützt, in der Spielzeit 2012/2013 waren es 318.

[Weiter Informationen und Download der Studien](#)

[nach oben](#)

Engagement im Sport im Spiegel der Freiwilligensurveys 1999-2009

Der Band »Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport im Spiegel der Freiwilligensurveys (FWS) von 1999 bis 2009« von Sebastian Braun fasst die drei bereits erschienenen sportbezogenen Sonderauswertungen zum freiwilligen Engagement im Handlungsfeld »Sport und Bewegung« in Deutschland für den Zeitraum 1999 bis 2009 in leicht modifizierter und überarbeiteter Form zusammen.

Die zugrundeliegenden Publikationen, die bisher nur als Print erworben werden konnten, werden so in Form eines eBooks zusammengefasst. Der Band schließt eine mehrjährige Arbeit ab, die darauf abzielte, relevante Befunde aus den FWS 1999, 2004 und 2009 für den Sportbereich zugänglich zu machen. Herausgeber ist das Bundesinstitut für Sportwissenschaft.

[Studie zum Engagement im Sport](#)

[nach oben](#)

Stellenausschreibungen

In der Landesgeschäftsstelle des Landesverbandes Soziokultur Sachsen e.V. in Dresden ist zum 1. Juni 2017 die Stelle ProjektmitarbeiterIn der »Beratungsstelle Inklusion im Kulturbereich« (BIK) zu besetzen. Bewerbungsfrist ist der 21. Mai 2017.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) e.V. sucht in der Geschäftsstelle in Berlin ab sofort, spätestens zum 15. August 2017 eine erfahrene Verwaltungsleitung in Teilzeit (32 Wochenarbeitsstunden). Bewerbungsschluss ist der 2. Juni 2017.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) sucht für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin ab sofort eineN PolitischeN ReferentIn Nachhaltige Mobilität, Themenschwerpunkt Fuß- und Radverkehr. Es handelt sich um eine zunächst auf zwei Jahre befristete Teilzeitstelle mit 25 Wochenstunden.

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) sucht für die Bundesgeschäftsstelle in Berlin ab sofort eineN PressesprecherIn. Es handelt sich um eine unbefristete Vollzeitstelle mit 38,5 Wochenstunden.

Der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. sucht für die Berliner Geschäftsstelle ab sofort eine freiberufliche Fachkraft für den Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

[Weitere Informationen zu den Stellenausschreibungen](#)

[nach oben](#)

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 1. Juni 2017.

Redaktionsschluss ist der 22. Mai 2017.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern

repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und AkteurInnen im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Beiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein (V.i.S.d.P.), Dr. Rainer Sprengel und Jana Börsdamm, B.A.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter [Kommende Themen](#).

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

www.b-b-e.de

Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein

Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0

E-Mail: ansgar.klein@b-b-e.de

[nach oben](#)

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

